

Niedriges Frauenalter könnte fallen

Leiter der Reformkommission Tomandl: „Würde vor EuGH nicht halten“

Wien (APA) Der Leiter der Pensionsreformkommission, Theodor Tomandl, geht davon aus, dass das niedrigere Pensionsalter der Frauen vor dem Europäischen Gerichtshof nicht halten würde.

Es gebe zwar noch kein Verfahren dazu vor dem EuGH, er glaube aber, dass es dem Europarecht widerspreche, sagte Tomandl in einem Interview. Bei den Betriebspensionen habe der EuGH bereits entschieden, dass das Antrittsalter für Männer und Frauen gleich sein muss.

Nach den verfassungsgesetzlichen Bestimmungen soll das Frauenpensionsalter von 56,5 (Frühpension) bzw. 60 Jahren erst ab 2019 an jenes der Männer von 61,5 bzw. 65 Jahren angeglichen werden. Der Leiter der Untergruppe zur eigenständigen Alterssicherung für Frauen, Ulrich Runggaldier, hatte zuletzt vorgeschlagen, die Angleichung bereits 2005 einzuleiten. Seitens der Politik wurde dies aber von allen Parteien entschieden abgelehnt.



(APA-Symbolbild)

Die Parteien sind gegen Angleichung des Frauenpensionsalters.

Tomandl verweist nun darauf, dass es im Gegensatz zu den Betriebspensionen für die

gesetzlichen Pensionen noch keine rechtlichen Verpflichtungen aus Europa für eine Angleichung gebe, sondern nur eine Richtlinie. Diese schreibt eine allmähliche Angleichung vor und gestattet, bestehende Unterschiede noch eine gewisse Zeit beizubehalten.

EU-Gipfel: Höheres Durchschnittsalter

Barcelona (APA) Die Europäische Union will das Rentendurchschnittsalter anheben. In der Abschlusserklärung des EU-Gipfeltreffens von Barcelona hiess es am Samstag, die EU strebe bis 2010 eine Anhebung des Rentendurchschnittsalters um etwa fünf Jahre an.

Dazu sollten älteren Arbeitnehmern mehr Möglichkeiten geboten werden, im Arbeitsleben zu bleiben. Als Massnahmen nannte die spanische Präsidentschaft unter anderem flexible Altersteilzeitregelungen und die Möglichkeit zu lebenslangem Lernen.

„Da würden Minipensionen herauskommen“

VP-Sozialsprecher Feurstein lehnt Expertenvorschlag ab

Wien (VN-joh) Der Vorschlag des Wirtschaftsforschers Bernhard Felderer (IHS), das Pensionsantrittsalter freizugeben, wird von ÖVP-Sozialsprecher Gottfried Feurstein abgelehnt. Die nächste Pensionsreform soll indes nach den Nationalratswahlen im kommenden Jahr in Angriff genommen werden.

Laut Felderer soll jeder Arbeitnehmer selbst entscheiden, wann er in Pension geht. Er sollte „nur“ wissen, dass er mehr bekommt, wenn er spä-

ter geht bzw. weniger, wenn er früher geht. „Da würden viele Minipensionen herauskommen“, meint Feurstein im Gespräch mit den „VN“: „Die meisten würden zum frühestmöglichen Zeitpunkt gehen.“ Mit dem Hintergedanken: „Ich kann mir ohnehin noch etwas dazuverdienen.“ Wenn die Betroffenen eines Tages nicht mehr arbeiten könnten, würde das zum Problem werden, warnt Feurstein.

Felderers Vorschlag dürfte damit ebenso hinfällig sein wie der, der vor wenigen Tagen diskutiert worden ist,

nämlich das gesetzliche Pensionsalter der Frauen ehebaldest an das der Männer (65) anzugleichen; das wurde von Vertretern aller Parteien abgelehnt.

Wirklich konkret soll die nächste Pensionsreform übrigens erst 2003 werden: Die so genannte Pensionsreformkommission unter der Leitung des Arbeits- und Sozialrechtlers Theodor Tomandl soll im Laufe des Jahres ein Konzept vorlegen. Die schwarz-blaue Koalition will, sofern sie bei den Wahlen überhaupt bestätigt wird, auf dieser Grund-



VP-Feurstein gegen Freigabe des Pensionsantrittsalters. (APA)

lage entscheiden. Gottfried Feurstein rechnet damit, dass das Frühpensionsalter weiter angehoben wird.

Ab Oktober des heurigen Jahres wird es nach einer ersten Etappe 56,5 (Frauen) bzw. 61,5 (Männer) betragen,